

Courrier de l'AGKV

2019



association
GERHARD KIERSCH.
verein

In dieser Ausgabe

- 2 *Éditorial*
Jakob Weissinger
- 3 *Die Wahl von Ursula von der Leyen als neue Kommissionspräsidentin der EU – eine Kontroverse*
Kevin Rieger und Stefan Lutzenberger,
- 5 *Ehemalige des Doppelmasters als Macher von EuropeanElectionStats.eu: „Die größte grenzüberschreitende Wahl der Welt war ein blinder Fleck in der Umfragenforschung“*
Moritz Laurer und Camille Borrett
- 7 *Vorstellung Fotoprojekt: Europa in meinem Alltag*
Anne-Sophie Behm
- 9 *Das 9. Europäische Parlament – eine erste Bilanz nach der Wahl*
Anne-Sophie Behm
- 10 *Pour une approche franco-allemande de partenariats migratoires avec l’Afrique*
Jeanette Süß
- 11 *In Frankreich bahnt sich die Zugliberalisierung an*
Arnaud Müller
- 13 *La droite grecque, de multiples visages avec un point commun : le libéralisme*
Fabien Perrier
- 14 *Mitgliedsantrag – zum Heraustrennen und Unterschreiben*

Éditorial



2019, das Jahr der Europawahl in 28 EU-Mitgliedsstaaten (ja, Großbritannien ist trotz wiederholter gegenteiliger Ankündigung immer noch dabei – zumindest bei Druckfreigabe dieses Courriers) und der Überraschungen bei dieser: Rechte schwächer als gedacht, Liberale und Grüne gestärkt. Der Spitzenposten des EU-Kommissionspräsidenten ging überraschend zum ersten Mal an eine Frau, die wiederum derart unerwartet von den Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten aus dem Hut gezaubert wurde, dass sich nicht nur die europäischen Parteien, die monatelang die Wichtigkeit der Spitzenkandidaten betont hatten, die Augen rieben, sondern auch der AGKV nicht darum herum kam, im diesjährigen Courier einen besonderen (selbstverständlich nicht vorab festgelegten) Fokus auf die Europawahl zu legen. So fragen wir uns natürlich: Wäre das alles vorhersehbar gewesen? Dieser Frage gehen Moritz Laurer und Camille Borrett bereits seit über einem Jahr nach und entwickelten in Ermangelung zufriedenstellender europaweiter Umfragenforschung schlicht eine eigene Website, um die Ergebnisse der Europawahlen möglichst genau vorausszusagen. Sie berichten in diesem Courier davon, wie sich ein Freizeitprojekt zu einer breit genutzten Website entwickelte, während Anne-Sophie Behm eine Bilanz des Europaparlaments nach der Wahl zieht und feststellt: Die Kräfteverhältnisse haben sich verschoben – und in verschiedenen Teilen Europas sind verschiedene Trends ersichtlich. Welche Kräfteverhältnisse sich jedoch nicht verschoben haben, wurde durch den Vorschlag des Europäischen Rates, Ursula von der Leyen zur neuen Kommissionschefin zu wählen, deutlich. Der Frage, ob diese Entscheidung einen Knacks für die europäische Demokratie oder einen gelungenen Kompromiss darstellt, gehen Kevin Rieger und Stefan Lutzenberger in dieser Ausgabe des AGKV-Courriers nach. Über diesen Schwerpunkt hinaus wartet der Courier 2019 mit einer breiten Palette von Themen auf: Jeanette Süß ruft Frankreich und Deutschland dazu auf, in Fragen der Migration nach Europa gemeinsam voranzugehen, Fabien Perrier berichtet aus Athen von der Bildung der neuen griechischen Regierung und Arnaud Müller von der sich anbahnenden Zugliberalisierung in Frankreich. Zudem stellen wir das Fotoprojekt „Europa in meinem Alltag vor“ und freuen uns in diesem Sinne, wenn euch die Lektüre des Courriers den Alltag etwas versüßt und europäisiert.

Euer AGKV
Jakob Weißinger, Promo 2012-2014

Die Wahl von Ursula von der Leyen als neue Kommissionspräsidentin der EU

CONTRA

„Spitzendeal“ statt Spitzenkandidaten?
Die Nominierung Ursula von der Leyens

eine Kontroverse

PRO

Von der Leyens Wahl ist ein gelungener Kompromiss

„Das Spitzenkandidatensystem hat einen Knacks bekommen.“ Mit diesen Worten beschrieb Jean-Claude Juncker, der erste (und vorerst letzte) Kommissionspräsident mit „Spitzenkandidat-Vergangenheit“, die Nominierung Ursula von der Leyens durch den Europäischen Rat. Natürlich betonte er auch ihre Qualifikation sowie die begrüßenswerte Tatsache, dass erstmals eine Frau an der Spitze der Europäischen Kommission stehen wird. Dennoch lohnt der Blick zurück: wie konnte Ursula von der Leyen nominiert werden? Wie hat sie die Wahl im Europäischen Parlament gewonnen? Und was bedeutet das für die Arbeit ihrer Kommission und die Zukunft des Spitzenkandidatensystems?

Am Anfang steht eine einfache Feststellung: Ursula von der Leyen wäre nicht nominiert worden, hätte der Spitzenkandidatenprozess so funktioniert, wie er eigentlich geplant war (und 2014 bereits umgesetzt wurde). Für sein Scheitern im Jahr 2019 sind vier Faktoren zentral:

1. Die bröckelnde Front im Europäischen Parlament. Zwar hatte das Parlament einen Beschluss gefasst, in welchem es betont hat, nur einen Spitzenkandidaten zum Kommissionspräsidenten zu wählen. In der Praxis wurde diese scheinbar harte Haltung schnell aufgeweicht. Insbesondere das Umwerben von Macron und La République en Marche durch die liberale ALDE-Fraktion (welche nun, nachdem Macron erfolgreich überzeugt wurde, „Renew Europe“ heißt), hat den ursprünglichen Beschluss des Europäischen Parlamentes obsolet werden lassen – denn Macron lehnt den Spitzenkandidatenprozess ab. So konnte das Parlament diesmal, im Unterschied zu 2014, nicht mit „einer Stimme sprechen“ und nicht erneut einen Spitzenkandidaten gegenüber dem Europäischen Rat durchsetzen.

2. Die Prioritäten der Parlamentsfraktionen. Aus unterschiedlichsten Gründen haben sich die verschiedenen Fraktionen früh festgelegt, wer nicht Kommissionspräsident werden darf, oder wer es um jeden Preis werden sollte. Gepaart mit einer unterschiedlichen Auslegung des Spitzenkandidatensystems – kommt nun der Kandidat der stärksten Fraktion zum Zuge, oder der Kandidat, der eine Mehrheit im Parlament bilden kann? – haben sich viele Fraktionen schnell in eine Sackgasse manövriert. Hinzu kamen die Abwägungen der eigentlichen Entscheider: sowohl bei Sozialisten als auch bei Liberalen wurde den Fraktionsspitzen im Europäischen Parlament von ihren jeweiligen Staats- und Regierungschefs erklärt, warum eine Abkehr vom Spitzenkandidatensystem eigentlich kein Problem sei (als Preis für Josep Borell als EU-Außenbeauftragter bei den Sozialisten, zur Zufriedenstellung Macrons bei den Liberalen). So lag der Fokus schnell auf Personen und kaum noch auf Inhalten, was eine Koalitionsbildung quasi unmöglich gemacht hat.

3. Die Personen der Spitzenkandidaten. Hier soll explizit nicht die Qualifikation der Spitzenkandidaten infrage gestellt werden, wohl aber ihre Mehrheitsfähigkeit

unter den gegebenen Umständen. So hat sich bereits vor der Wahl herauskristallisiert, dass Manfred Weber auf Vorbehalte mancher Mitgliedstaaten und anderer Fraktionen stößt. Frans Timmermans war für die Visegrád-Staaten unwählbar (insbesondere für Ungarn und Polen, gegen die er die Rechtsstaatlichkeitsverfahren geleitet hat); und Margrethe Vestager hat – durch das „Team Europe“ der liberalen Parteienfamilie eingeschränkt – ihre Ambitionen nie klar äußern können. So war früh klar, dass es für keinen Kandidaten einen leichten Weg zur Mehrheit geben würde.

4. Der Mangel an tatsächlichen transnationalen Elementen. So sehr Macron dieses Argument auch als Schutzschild genutzt hat, es hat einen wahren Kern: die wenigsten Europäerinnen und Europäer werden ihre Wahlentscheidung von den Spitzenkandidaten abhängig gemacht haben. Mehr noch: genau genommen konnte Manfred Weber nur in Bayern gewählt werden, und Frans Timmermans nur in den Niederlanden. Die „Doppelstruktur“ mit zusätzlichen, tatsächlich wählbaren nationalen Spitzenkandidaten hat die europäische Ebene definitiv nicht gestärkt. Kurz: es gab keine transnationalen Listen. Dass diese selbst sicher auch Nachteile hätten, ist eine andere Debatte – das Spitzenkandidatensystem würde jedoch von ihnen profitieren.

Was bedeutet all das nun für die Arbeit der nächsten Europäischen Kommission? Zunächst einmal, dass Ursula von der Leyen mit einer gewissen Hypothek in ihre Amtszeit geht. Nicht nur wurde sie bloß knapp gewählt, sie muss auch gegen das Image einer „Präsidentin von Orbáns Gnaden“ ankämpfen. Hier ist es sicher nicht hilfreich, dass sie wenige Tage nach ihrer Wahl in einem Interview angemerkt hat, dass bei der Rechtsstaatlichkeit ja niemand perfekt sei. Selbst wenn man diesem Statement grundsätzlich zustimmen möchte, so sendet es doch ein fatales Signal: Frans Timmermans wurde letztlich wegen seines Einsatzes für die Rechtsstaatlichkeit nicht vom Europäischen Rat nominiert. Meint man es positiv mit Ursula von der Leyen, könnte man nun entgegen, dass sie „Brücken bauen“ kann. Wert und Auswirkungen dieser Startposition werden sich in der Praxis zeigen müssen.

Unabhängig von Ursula von der Leyens praktischer Arbeit bleibt eine große Frage: was wird nun aus dem Spitzenkandidatensystem? Bereits in der letzten Legislaturperiode wurden Änderungsvorschläge erarbeitet, die schlussendlich im Rat am Festhalten an nationalen Traditionen und Befindlichkeiten gescheitert sind. Dennoch müssen auch die europäischen Parteienfamilien bedeutende Fragen beantworten. Sei es die mögliche Unterstützung transnationaler Listen oder eine Überarbeitung des Prozesses, wie die Parteienfamilien ihre Spitzenkandidaten nominieren: auch hier gibt es Handlungsspielraum und -bedarf.

Um in Jean-Claude Junckers Bild zu bleiben: hoffen wir, dass der Knacks des Spitzenkandidatensystems in den kommenden knapp fünf Jahren repariert wird – und die neue Kommission unter Ursula von der Leyen ihren Teil dazu beiträgt.

Emmanuel Macron war sichtlich genervt. Tagelang hatte er auf die ungeduldrigen Fragen der Journalisten hin erklärt, dass er den EVP-Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten für ungeeignet halte. Und jetzt, beim informellen EU-Gipfel im rumänischen Sibiu, kam sie wieder, die Frage, ob er wirklich bereit sei, das Spitzenkandidatenprinzip zu opfern. Macrons unwirsche Entgegnung im Vorbeigehen: Seine Position sei schon immer klar gewesen, er halte das Verfahren nicht für die richtige Methode, solange es keine transnationalen Wahllisten gebe. Man kann dieser Äußerung entnehmen, dass Manfred Webers und Frans Timmermans' Kandidaturen von Anfang an hinfällig waren. Und in der Tat zauberten die Staats- und Regierungschefs im Anschluss an die Wahlen einen Personalvorschlag aus dem Hut, mit dem keiner gerechnet hat: Ursula von der Leyen. Eine Blamage für die europäische Demokratie, empörten sich große Teile des neu gewählten Parlaments, zivilgesellschaftliche Organisationen und Medienvertreter unisono. Der Rat habe sich trotz der rekordverdächtigen Wahlbeteiligung über den Wählerwillen hinweggesetzt und damit alle Vorurteile über das demokratische Defizit der EU bestätigt.

Nüchtern betrachtet ist diese Aufregung allerdings, wenn nicht sogar scheinheilig, dann doch zumindest wohlfeil. Das Spitzenkandidaten-Prinzip ist relativ junges Gewohnheitsrecht in der EU und basiert auf einer eher „schwammigen“ Formulierung im Lissabon-Vertrag, der zufolge der Europäische Rat bei seinem Vorschlag das Ergebnis der vorangegangenen Wahlen berücksichtigen muss (nachzulesen in Art. 17 Abs. 7 EUV). Dies wurde schon 2014 von den Fraktionsspitzen des EPs so ausgelegt, dass die beiden großen Parteifamilien EVP und S&D mit einer/m Spitzenkandidatin/en ins Rennen zogen, der/die gewissermaßen als „Regierungschef“ einer inoffiziellen großen Koalition gewählt werden sollte. Diese inoffizielle große Koalition allerdings ist mit der Wahl 2019 Geschichte, was auch durchaus im Vorfeld der Wahlen abzusehen war. Denn zur Wahrheit gehört auch, dass weder Weber noch Timmermans eine Mehrheit im Parlament hinter sich versammeln konnten.



In Zeiten fragmentierter Parlamente und unklarer Mehrheiten gehören Verhandlungen zwischen (demokratisch legitimierten) Regierungsvertretern zur guten demokratischen Praxis. Wer dies als „Hinterzimmerdeals“ abtut, sollte bedenken, dass auch in Deutschland ähnliche informelle Absprachen in Form von Koalitionsverhandlungen stattfinden. Der Wähler/die Wählerin haben in einer repräsentativen Demokratie einen Anspruch darauf, dass die gewählten Vertreter ihre inhaltlichen Versprechen halten, einen Anspruch auf Personalien haben sie nicht. Ja, womöglich entspricht gar eine Kommissionspräsidentin von der Leyen mit der stärksten Fraktion im Rücken mehr dem Wählerwillen als ein Kommissionspräsident Timmermans.

Aber auch von dem zweifelhaften Argument des Wählerwillens abgesehen ist das im Rat geschnürte Personalpaket ein durchaus gelungener Kompromiss in Hinblick auf Geschlechter-, Partei- und geografischen Proporz. Nach schwierigen Verhandlungen wurde somit nicht nur eine für alle gesichtswahrende Lösung gefunden, sondern auch eine Kommissionspräsidentin, die bereits einige Erfahrung auf europäischem Parkett mitbringt und der EU mehr Gewicht auf internationaler Ebene verleihen kann.

Von der Leyens Wahl ist somit weder undemokratisch noch falsch; Fehler wurden an anderer Stelle gemacht: Im Wahlkampf, in dem übermäßige Hoffnungen geweckt wurden, obwohl absehbar war, dass das neue Parlament keine klaren Mehrheiten mehr aufweisen würde; bei den Fraktionsspitzen am Wahlabend, die sich unter Einfluss der euphorischen Grundstimmung auf die Spitzenkandidaten festlegten, obwohl klar war, dass weder Weber noch Timmermans mehrheitsfähig waren. Und möglicherweise auch im System, dass das Parlament zu einer Randfigur werden lässt bei der Besetzung europäischer Spitzenposten. Doch der Weg zu einem echten Parlamentarismus mit Wahl des Regierungschefs ist weit und derzeit nicht konsensfähig.

Ist das Spitzenkandidaten-Verfahren in seiner jetzigen Form also überflüssig? Mitnichten! Die gesteigerte Wahlbeteiligung geht zweifelsohne auch auf das Konto Webers und Timmermans, die europäische Themen auf die Agenda gesetzt haben und zeigen konnten, warum die EU relevant für die Bürger/innen ist. Das ist ein Wert an sich. Dieses neue Interesse jetzt durch langes Gezeter über scheinbar undemokratische Personalentscheidungen aufs Spiel zu setzen, grenzt ebenfalls an Populismus und erweist der EU einen Bärendienst. Wichtiger wäre es, möglichst schnell wieder zur inhaltlichen Arbeit überzugehen. Denn letztlich entfernt sich die EU weiter von den Bürger/innen, wenn der Eindruck von Streit und Zwietracht entsteht.

Stefan Lutzenberger, Doktorand an der Arbeitsstelle
Europäische Integration des Otto-Suhr-Instituts

Kevin Rieger, Promo 2014-2016

„Die größte grenzüberschreitende Wahl der Welt war ein blinder Fleck in der Umfragenforschung“

Im Anschluss an ihre Masterarbeiten haben sich Moritz Laurer und Camille Borrett mit den Europawahlen und Wahlumfragen beschäftigt. Wie aus einem Freizeitprojekt nach Studienabschluss eine medial breit genutzte Website zu Wahlumfragen wurde, haben sie für den Courier aufgeschrieben



Moritz Laurer und Camille Borrett (Promotion 2016-2018) leben und arbeiten in Brüssel. Im Rahmen eines AGKV Jour fixes haben sie ihr Projekt im April 2019 vorgestellt.

Wird sich der Aufstieg der Rechtspopulisten auf europäischer Ebene fortsetzen? Wie werden sich die Machtverhältnisse im Europäischen Parlament (EP) nach den Europawahlen 2019 verändern? Mit diesen und ähnlichen Fragen hatten wir uns bereits seit April 2018 beschäftigt und keine befriedigende, daten-basierte Antwort darauf gefunden. Der Grund: Das Interesse an gesamteuropäischen Wahlumfragen ist bis heute eher gering und somit sind auch die finanziellen Mittel zu deren Durchführung begrenzt. Die größte grenzüberschreitende Wahl der Welt war bisher ein blinder Fleck der Umfragenforschung. Um daran etwas zu ändern, haben wir im Juni 2018 damit begonnen, eine Software und Website zu entwickeln, die eine automatisierte Wahlhochrechnung für die Europawahlen ermöglichen. Der Kern unserer Website sind mehrere Skripte in der Programmiersprache R.

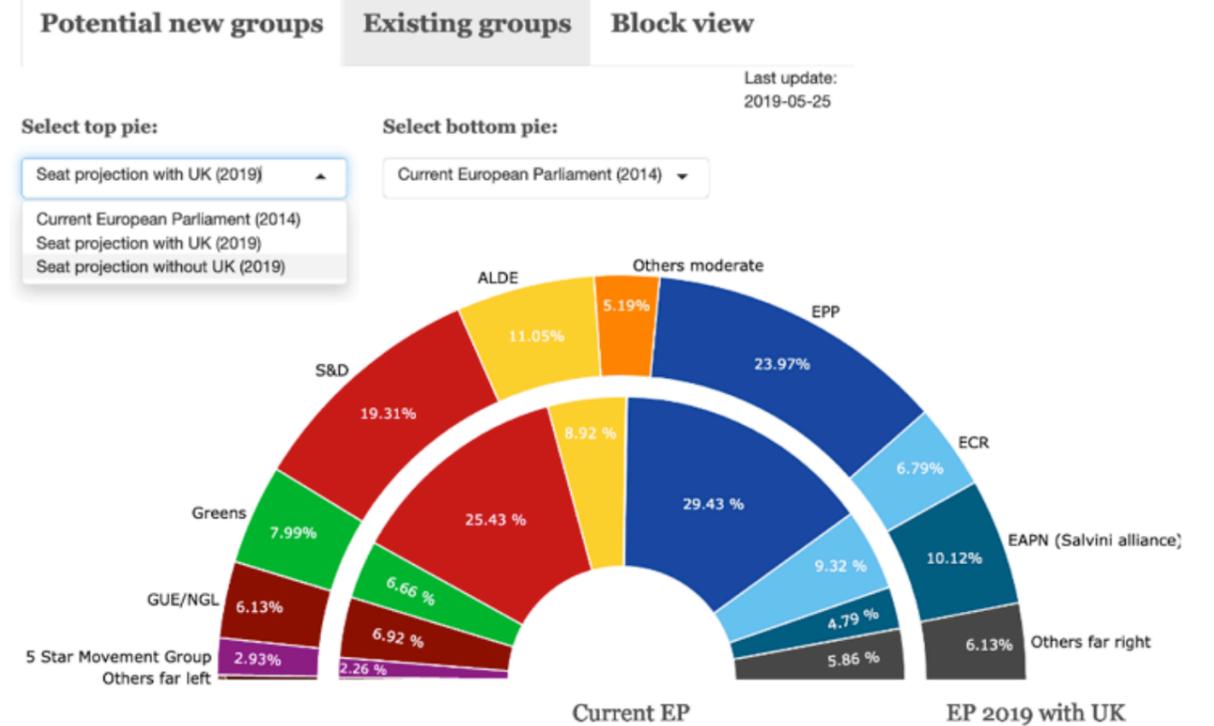
Wie funktioniert unsere Software? Zunächst lädt sie nationale Umfragedaten von öffentlichen Internetquellen für alle 28 EU-Mitgliedsstaaten herunter. Danach wird – unter der (stark vereinfachten) Annahme, dass diese nationalen Umfragen das Wahlverhalten auf europäischer Ebene widerspiegeln – die theoretische Sitzverteilung im EP berechnet. Im Anschluss

werden vier verschiedene Wahlszenarien (mit und ohne das Vereinigte Königreich; mit und ohne neue Parteiformierungen) erstellt. Dann werden die Rohdaten in einen Open Data Hub hochgeladen, durch den die Öffentlichkeit auf die Daten frei zugreifen und diese herunterladen kann. In einem letzten Schritt visualisiert die Software die Ergebnisse in einer interaktiven Graphik und lädt sie auf unsere Website, wodurch eine Prognose über die Sitzverteilung im zukünftigen Europäischen Parlament entsteht (siehe Abbildung). Aus einem Freizeitprojekt von zwei Masterabsolventen wurde so die erfolgreiche Website: EuropeanElectionsStats.eu¹.

Da wir die Rohdaten in unserem Open Data Hub veröffentlicht und die Webseite auf Französisch, Deutsch und Englisch übersetzt haben, konnten internationale Journalistinnen und Journalisten unsere Daten für ihre eigenen Analysen und Visualisierungen verwenden. Die durch unsere Software erstellten Hochrechnungen wurden von zahlreichen Medien wie CNBC, Frankfurter Allgemeine Zeitung, El País oder France Culture aufgegriffen und für die Berichterstattung genutzt. Zusätzlich haben wir Euractiv.com und LaTribune.fr Links zu unseren Visualisierungen für live-updates während der Wahlkampfzeit zur Verfügung gestellt.

¹ Wir möchten darauf hinweisen, dass wir die Idee, nationale Umfragen auf die europäische Ebene hochzurechnen, nicht erfunden haben. Manuel Müller ('Der europäische Föderalist') und Tobias Schminke ('EuropeElects.eu') haben diese Methode schon vor Jahren angewendet. Unsere Innovation war es, die Berechnung mit R-Skripten zu automatisieren und damit regelmäßige Hochrechnungen (inklusive mit/ohne-UK-Szenario) zu ermöglichen. Auch der Open Data Hub war ursprünglich eine sehr gute Idee von Pollofpolls.eu. Nachdem die Webseite jedoch von Politico gekauft wurde und die Daten nicht mehr einfach öffentlich zugänglich waren, entschlossen wir uns, eine frei zugängliche Alternative zu erstellen.

European Parliament 2019 - Seat Projection (with and without the UK)



Natürlich können Umfragen ein Wahlergebnis nicht präzise vorhersagen. ZudenüblichenProblemenaufnationalerEbene(Repräsentativitätetc.)kommt bei dieser Art von Hochrechnung hinzu, dass die Umfragequalität von Mitgliedsstaat zu Mitgliedsstaat variiert und nationale Wahlintentionen von europäischen Wahlintentionen abweichen können. So war unsere Prognose vom Vortag der Wahl teilweise zutreffend (Prognose: EPP 182 Sitze, GUE/NGL 46 Sitze – Resultat: EPP 180 Sitze, GUE/NGL 41 Sitze) und teilweise weniger zutreffend (Prognose: S&D 147 Sitze, Grüne 60 Sitze – Resultat: S&D 154 Sitze, Grüne 74 Sitze). Damit waren unsere Ergebnisse nicht genauer, aber auch nicht ungenauer als andere Prognosen von Politico/Pollofpolls, EuropeElects und der FinancialTimes.

Nach einer temporären Pause unseres Freizeitprojekts werden wir in den kommenden Wochen und Monaten neue Prognosen als pan-europäisches Stimmungsbild veröffentlichen. Außerdem werden wir die Thematik durch ein Medien Text Mining Projekt weiter erkunden. Das Projekt hat uns gezeigt, dass das Potenzial von „Data Science“ in den Sozialwissenschaften bei weitem noch nicht erschlossen ist. „Data Science“ und die Program-

miersprache R eröffnet jungen Menschen mit limitierten Programmierfähigkeiten die Möglichkeit, unerwartet wirkungsvolle Projekte zu realisieren. Entgegen unserer anfänglichen Furcht, hat Programmieren sehr wenig mit komplizierter Mathematik zu tun und Computer-affine junge Menschen können relativ schnell interessante Resultate produzieren – vorausgesetzt man findet ein Projekt, für das man brennt. Aktuell erkunden wir die Schnittstelle zwischen Sozial- und Datenwissenschaft in unserer gemeinsamen Arbeit für das Centre for European Policy Studies (CEPS) in Brüssel. Aus unserer Erfahrung möchten wir allen jungen Menschen ans Herz legen, Berührungängst zu überwinden diese neuen Möglichkeiten zu erkunden!

Moritz Laurer und Camille Borrett, Promo 2016-2018

Europa in meinem Alltag

Tomek in Berlin

Europa – das sind für mich vor allem die Menschen. Das Zusammenleben und Kennenlernen verschiedener Nationalitäten und Kulturen machen das Besondere an Europa aus. Ich habe polnische Eltern, fühle mich aber als Deutscher, weil ich hier geboren und aufgewachsen bin. Wenn ich polnische Leute in Berlin treffe, ist das aber immer cool. Ich mag diesen Austausch und die Offenheit in Europa. Wahrscheinlich könnten wir nicht einfach in ein italienisches Restaurant gehen oder auf der Straße so viele unterschiedliche Sprachen hören, wenn es keine offenen Grenzen gäbe. Ich mache gerade eine Ausbildung zum Kaufmann für Büromanagement, aber das ist eigentlich nichts für mich. Ich möchte lieber mit Menschen zusammenarbeiten als im Büro und überlege,

noch zu studieren, um dem ein bisschen näher zu kommen. Außerdem reise ich gerne und interessiere mich für Kunst und Musik. Ich fotografiere auch unglaublich gern. Man unterscheidet oft zwischen eher mathematisch veranlagten Menschen und „Freidenkern“ – so würde ich mich sehen. Gerade deswegen sind mir Werte wie Meinungsfreiheit und kulturelle Vielfalt in Europa so wichtig.



Das Foto zeigt Tomek mit seiner Kamera

Wo seht ihr Europa in eurem Alltag?

Kurz vor den Europawahlen haben wir diese Frage Jugendlichen in Deutschland und Frankreich gestellt. Und sie in Bildern antworten lassen. Sie haben mit Fotokameras festgehalten, was für sie in ihrem Leben europäisch ist. Die Bilder sind eher leise als laut, eher konkret als abstrakt und eher persönlich als politisch.

Und immer überraschend.

Lukas in Paris

L'idée d'Europe n'intéresse pas trop les gens de mon âge. Quand j'ai parlé du projet à mes amis, ils ne m'ont pas donné leur point de vue de l'Europe et je n'ai pas trop insisté. J'ai 17 ans, j'aurai 18 ans en mai 2019, et je suis lycéen à Paris. J'aime les journées bien chargées, ne rien faire c'est du temps perdu pour moi. Pour trouver l'Europe dans mon quotidien, ce n'était pas facile au début. Puis, j'ai essayé de regarder les choses de mon quotidien avec plus d'attention et j'ai donc décidé de photographier cette couverture de Télérama qui était sur la table de chez moi. Le numéro était dédié à la guerre 14-18 et à l'histoire franco-allemande. Il y a eu d'autres guerres dans cette histoire mais c'est sans doute de là qu'est née l'idée d'Europe, l'idée d'une société européenne.



La photo montre la couverture d'un numéro du magazine Télérama

Die zwei témoignages sind Ausschnitte aus dem Fotoprojekt von Anne-Sophie Behm (Promo 2014-2016), Alban Genty, Hanna Gieffers, Yannick Kirchhof, Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Deutsch-Französischen Zukunftsdialogs 2018, der gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), dem Institut français des relations internationales (Ifri) und der Robert Bosch Stiftung organisiert wird.

Mehr Infos zum Projekt unter <https://www.zukunftsdialog.eu/2019/05/21/europa-in-meinem-alltag/>

Das 9. Europäische Parlament – eine erste Bilanz nach der Wahl

Vom 23. Bis 26. Mai 2019 fanden zum neunten Mal in der Geschichte die Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) statt. Während 1979 noch Bürger/innen aus neun Ländern 410 Abgeordnete ins EP wählten, war es in diesem Jahr die Bevölkerung von 28 Ländern, die ihre Vertreter/innen für ein Parlament mit 751 Abgeordneten bestimmten. Damit ist das EP heute eines der größten Parlamente der Welt. Schon in den Monaten vor der Wahl gab es sowohl im öffentlichen als auch politischen Raum viele Diskussionen darüber, wie das neue Parlament aussehen würde. Häufig war von einer ‚Schicksalswahl‘ die Rede – der nicht nur europasondern weltweite politische Erfolg rechtsorientierter, nationalistischer Parteien und das Ringen um den Brexit und seine Konsequenzen warf einerseits dunkle Schatten auf die Zukunft der EU und des EP, aber mobilisierte gleichzeitig auch viele, besonders junge Europäer/innen, für ein geeintes Europa auf die Straße zu gehen. In der Bilanz schlägt sich diese Mobilisierung auch in der tatsächlichen Wahlbeteiligung nieder: in der gesamten EU gingen im Durchschnitt 50,6% der wahlberechtigten Bürger/innen zur Wahl. Das erscheint auf den ersten Blick wenig: nur knapp über die Hälfte der Bevölkerung entschied sich dafür, wählen zu gehen. Im Vergleich wird jedoch deutlich, dass es sich um die höchste Wahlbeteiligung seit 25 Jahren handelt. Das letzte Mal gingen mehr als die Hälfte der EU-Bürger/innen 1994 zur Wahl (56,7%). 2014 waren es nur 42,6%. In Deutschland stieg die Wahlbeteiligung bei diesen Europawahlen von 48% auf 61%. Die niedrigste Wahlbeteiligung hatte auch bei diesen Wahlen die Slowakei mit knapp 23%, 2014 waren sogar nur etwas mehr als 13% der Bürger/innen zur Wahl gegangen. Selbst in Großbritannien, dessen Bürger/innen wegen des aufgeschobenen Brexit nur in letzter Minute überhaupt an der Wahl teilnahmen, wollten minimal mehr Menschen über die Identität ihrer Abgeordneten bestimmen als 2014 (36,9% vs. 35,6%).

Wen aber haben die EU-Bürger/innen als ihre Vertreter/innen im EP für die nächsten 5 Jahre gewählt? Eines ist sicher: die Kräfteverhältnisse im Parlament haben sich nachhaltig verschoben. Während in den letzten Jahren eine ‚große Koalition‘ aus Konservativen und Sozialdemokraten die absolute Mehrheit im Parlament hatte, und demnach relativ ungehindert über Gesetzesvorschläge und -änderungen entscheiden konnte, brauchen die beiden größten Fraktionen des EP ab jetzt einen oder mehrere Partner, um Mehrheitsentscheidungen zu treffen. Die großen

Gewinner der Wahlen sind zum einen die neu-gegründete Fraktion Renew Europe, die Parteien aus der vorherigen liberalen Fraktion ALDE und Abgeordnete der französischen Bewegung LREM zusammenbringt. Renew Europe verfügt über 108 Sitze im neuen EP (im Vergleich: ALDE hatte in der 8. Legislaturperiode nur 67 Sitze) und wird allgemein als ‚kingmaker‘ gehandelt, also als die Fraktion, die bei Gesetzesentscheidungen künftig den entscheidenden Ausschlag geben könnte. Großen Erfolg konnten aber vor allem in West- und Nordeuropa auch die grünen Parteien verzeichnen – sie erhöhten ihren Sitzanteil von 50 auf 74 und sind damit viertstärkste Fraktion im Parlament. Die weit verbreitete Mobilisierung in der „Fridays for Future“-Bewegung für Klimaschutz zeigt sich also auch in den Ergebnissen der Wahlen zum EP.

Gleichzeitig haben aber auch viele nationale Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums Wahlerfolge zu verzeichnen – das Rassemblement National (vormals Front National) in Frankreich und Lega in Italien gewannen die Wahlen in ihrem jeweiligen Land, und auch in Ungarn und Polen bekamen rechte Parteien die meisten Stimmen. In Deutschland erhöhte die AfD ihren Sitzanteil von 7 auf 11. Entgegen der Idee, dass der Großteil der britischen Bevölkerung längst bereit, vor 3 Jahren für den Brexit gestimmt zu haben, gewinnt auch dort eine nationalistische Partei die Wahlen: die ganz neu gegründete Brexit Party von Nigel Farage, die außer einem schnellen und radikalen Brexit kein wirkliches Programm verfolgt, bekommt fast 31% der Stimmen. Sie ist allerdings gefolgt von den LibDems, einer seit jeher pro-europäischen liberalen Partei (19,8%). Im Endeffekt warten alle britischen Abgeordneten aber immer noch darauf, ob sie nicht in ein paar Wochen das neu gewählte EP schon wieder verlassen müssen.

Auch wenn ein paar Wochen nach Beginn der neuen Legislaturperiode noch nicht klar ist, wie sich die neuen Kräfteverhältnisse auf die Arbeit des EP auswirken werden, kann schon jetzt festgestellt werden, dass sich die Trends, die sich in den letzten nationalen Wahlen abgezeichnet haben, auch auf europäischer Ebene fortsetzen: etablierte politische Parteien haben es zunehmend schwerer, Wähler zu gewinnen, die wiederum an den rechten Rand des politischen Spektrums abdriften oder, im Gegenteil, neue ‚alternative‘ politische Kräfte wählen. Egal mit welchem Wahlergebnis ist die deutlich gestiegene Wahlbeteiligung auf über 50% aber auf jeden Fall ein positives Ergebnis für Europas Demokratie.



Anne-Sophie Behm, Promo 2014-2016

Pour une approche franco-allemande de partenariats migratoires avec l'Afrique



Alors que le traité d'Aix-la-Chapelle prévoit une coordination franco-allemande plus étroite en matière de politique de développement envers l'Afrique, le présent accord reste cependant silencieux sur l'avenir de la politique migratoire extérieure, y compris la nécessité de conclure des partenariats avec des pays africains pour réguler l'immigration légale. Or, l'idée de promouvoir des voies régulières d'immigration, en particulier celle pour venir travailler ou suivre une formation professionnelle en Europe, figure sur l'agenda européen actuel et est relayée à la fois par la Commission Européenne tout comme l'Allemagne et la France.

Des approches bien différentes, ancrées dans l'histoire

La France a des relations complexes est parfois conflictuelles avec le continent africain vu son rôle d'ancien colonisateur et est parfois perçue comme une „grande puissance dépassée“. L'Allemagne, de son côté est présente en Afrique depuis déjà quelques années, en particulier sur la dimension économique avec son „Plan Marshall pour l'Afrique“ de 2017, son „Compact with Africa“ ou bien d'autres stratégies. D'un côté, l'Allemagne manque de relations étroites avec les pays africains, de l'autre, ceci peut également être avantageux car côté africain, il n'y a pas d'a priori comme avec une ancienne puissance coloniale comme la France. Dans cet échiquier de coopération, la gestion migratoire envers l'Afrique prend une place de plus en plus importante et est affichée comme champ d'action prioritaire de part et d'autre du Rhin. En phase de rhétorique de coopération et suivant leur politique commune européenne, les deux pays cherchent à trouver un équilibre entre restriction (contrôle des flux migratoires, combat contre la migration irrégulière) et ouverture (promouvoir la migration et la mobilité régulières). De facto, l'aspect de la migration régulière professionnelle joue un rôle bien différent pour les deux pays, ce qui se révèle dans leurs choix respectifs de format de coopération et d'engagements réels poursuivis.

Divergence des formats de coopération : entre haut niveau politique vs. coopération technique

Depuis 2006, la France a conclu une série d'accords bilatéraux avec 13 pays, dont 9 africains, qui, pour la plupart, ont des populations immigrées importantes vivant en France. Ces accords traduisent la politique européenne de l'époque car les États-membres (notamment l'Allemagne et la France) s'étaient alignés sur une ap-

proche globale des questions migratoires pour mieux maîtriser les flux et faciliter la migration légale envers l'Europe. Tandis que les accords français étaient la traduction directe de l'approche européenne, l'Allemagne a suivi un chemin différent. Au lieu de conclure des accords à caractère purement politique et générant des débats publics, l'Allemagne a davantage privilégié les programmes ciblés au niveau technique (en incluant par exemple les agences de développement ou agences pour l'emploi). Les accords français sont plutôt de nature politique et comprennent différents aspects de la migration (légale, irrégulière) ainsi qu'une politique de développement. Ils représentent des déclarations d'intérêts dans un esprit d'égal à égal et sont censés favoriser la migration légale professionnelle à travers des contingents négociés individuellement avec chaque pays partenaire (p.ex. jeunes professionnels, carte compétences et talents, carte salarié etc.). Cependant, ils ne sont pas juridiquement contraignants et n'obligent pas la France à remplir ces contingents ou à entreprendre d'autres mesures pour faciliter la mobilité des africains. Cela explique pourquoi les accords bilatéraux n'ont pas contribué à l'augmentation de l'immigration professionnelle régulière de ces citoyens.

L'approche allemande est basée sur des projets concrets, ce qui a facilité la mobilité de travailleurs qualifiés ou jeunes apprentis qui, après avoir suivi des cours préparatifs linguistiques et thématiques, prennent un emploi ou suivent une formation professionnelle en Allemagne. Ces programmes sont généralement bien perçus et ont déjà servi de modèle au niveau européen mais le nombre de migrants qui peuvent en bénéficier reste néanmoins limité. En même temps, ils ne concernent que le volet de la migration légale alors que des questions telles que la réadmission, le retour volontaire, la gestion des frontières ou d'autres aspects ne sont pas traités comme dans le cas des accords français. Il en résulte un morcellement d'acteurs multiples chargés de différents volets de la politique migratoire alors que l'Allemagne se veut poursuivre une politique dite « globale » qui regroupe justement tous les aspects migratoires et de développement en une seule démarche unifiée.

Deux stratégies qui pourraient se compléter

Avec la nouvelle Commission Européenne, le sujet de la migration légale occupe une nouvelle fois le haut de l'agenda politique. Etant deux pays de d'immigration importants, la France et l'Allemagne pourraient prendre les devants et s'accorder préalablement pour faire avancer en commun ce volet de la politique migratoire commune, souvent négligé. Conceptuellement, l'approche française permet de mener à bien les différents aspects de la politique migratoire qu'il faudrait développer en coopérant davantage avec les acteurs pertinents dans les pays partenaires. Une concertation avec l'Allemagne et un échange sur les bonnes pratiques et expériences concluantes s'annoncent être primordiales afin d'éviter des signaux contradictoires envers des partenaires africains. En fin de compte, favoriser le volet de la migration légale est bien nécessaire : d'un côté, pour répondre aux besoins de la main d'œuvre qui manque dans certains secteurs en France et en Allemagne et de l'autre, pour que les deux pays membres de l'UE soient pris au sérieux par les pays africains avec lesquels les États européens cherchent à coopérer quand il s'agit de réduire la migration irrégulière.

Jeanette Süß, Promo 2014-2016



In Frankreich bahnt sich die Zugliberalisierung an

Nach einer langen politischen Debatte und zahlreichen Streiks, die das Land in Verteidiger des „service public“ und Kritiker des SNCF-Monopols gespalten haben, ist es nun soweit: der französische Eisenbahnsektor wird endlich liberalisiert. Die ersten Strecken werden Ende 2019 ausgeschrieben, was heißt, dass Franzosen ab 2020 Züge anderer Firmen auf ihren Strecken rollen sehen werden. Auch deutsche Unternehmen haben bereits ihr Interesse bekundet. Doch was heißt das konkret für die Nutzer?

Niedrigere Preise und besserer Service – theoretisch

In den 90er Jahren hat die Europäische Kommission die Liberalisierung des Eisenbahnsektors eingeleitet. Ziel war das Ende des Monopols der Staatseisenbahnen in jedem Mitgliedstaat, die laut Kommission zu hohe Preisen und unzulänglichen Service für den Verbraucher boten. Die Einführung des Wettbewerbs auf der Schiene sollte zu einer Reduzierung der Profitspanne von Eisenbahnunternehmen und attraktiveren Preisen für Nutzer führen. Heute, vier „Eisenbahnpakete“ später, ist das Ergebnis weiter offen. In den meisten Europäischen Mitgliedstaaten herrscht immer noch das Monopol der Staatseisenbahn. Die nationalen Regierungen scheuen sich davor, die Eisenbahnpakete zu übertragen, aus Angst, dass die Liberalisierung scheitert und sie von der Wählerschaft bestraft werden. Die katastrophale Lage des Eisenbahnsektors in Großbritannien, der von Verspätungen und extrem teuren Preisen geplagt ist, erklärt illustriert dies nur zu deutlich. Nichtsdestotrotz entschloss sich die französische Regierung für die Liberalisierung der Eisenbahn. Dies ist umso erstaunlicher, da die Liberalisierung des Güterverkehrs nicht gerade ein Erfolg war: Investitionen sind massiv zurückgegangen und der Einzelwagenverkehr ist fast verschwunden. Die heftige Debatte über die Einstellung der Frachtlinie von Perpignan zum Großmarkt Rungis aufgrund maroder Güterwagen verdeutlicht dieses Scheitern der Güterverkehrsliberalisierung. Die Regierung und die neue Umweltministerin Elisabeth Borne hoffen dennoch, dass der Wettbewerb für Schienenpersonenverkehr besser verlaufen wird. Alle haben hohe Erwartungen, doch wird das gut gehen?

Der TGV muss Platz machen

Der durch die Nationalversammlung beschlossene Zeitplan der Liberalisierung sieht eine Wettbewerbsöffnung der TGV-Strecken für 2020 vor. Für den Nahverkehr wird es noch ein bisschen dauern: bis 2023 sollen alle Regionen bis auf Paris ihre Strecken in einem Ausschreibungsverfahren vergeben haben. Einige Régions, wie Grand-Est und Normandie, erzielen mit der Liberalisierung große Ersparnisse für ihren Haushalt und wollen relativ schnell damit voranschreiten. Die ersten Ausschreibungen sollen bereits ab Ende 2019 erfolgen. Die Region Île de France bleibt aber wegen der speziellen Konfiguration des Schienennetzes um Paris ein Spezialfall: vor 2049 werden Pariser Metro und RER vorläufig nicht ausgeschrieben! Die Art der Liberalisierung ist auch für jeden Zugtyp anders. Potentielle Wettbewerber der SNCF können mit der Staatseisenbahn im Open-Access-Modus konkurrieren, was heißt, dass ein beliebiges Unternehmen gegen Zahlung einer Trassengebühr seine Züge auf diesen Strecken rollen lassen kann. Fraglich aber bleibt, wie Infrastrukturbetreiber SNCF Réseau und Regulierungsbehörde Arafra über den Trassenpreis bestimmen werden – vermutlich wird dies durch ein Auktionsverfahren erfolgen, wie in Italien. Andererseits werden Nahverkehrslinien von den Régions in einem Ausschreibungsverfahren vergeben, was dem Gewinner dieser Ausschreibung praktisch ein Monopol beschert. Dabei blickt Frankreich besonders auf Deutschland als Beispiel für die praktische Organisation der Ausschreibungen, denn die Regionen haben keine Erfahrung damit.



Deutsche Unternehmen in den Startlöchern

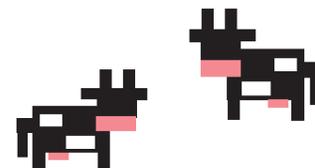
Die Strecken werden, wie vom EU-Recht vorgesehen, europaweit ausgeschrieben. Interessierte Unternehmen können sich bereits im „Tender Electronics Daily“, dem europäischen Ausschreibungskatalog, über zukünftige Streckenvergaben erkundigen. Die Meldung zur Ausschreibung der Strecken Straßburg-Barr und Straßburg-Saint-Dié im Elsass durch die Région Grand Est sind zum Beispiel schon online. Eine europaweite Ausschreibung der Strecken heißt, dass auch deutsche Bahnunternehmen Züge in Frankreich verkehren lassen können. Die DB-Tochter Arriva wurde bereits als potentieller Kandidat für die Übernahme von Nahverkehrsstrecken genannt. Deutsche Bahnunternehmen – die in der Presse nicht genannt werden wollten – haben sich auch bereit erklärt, an Ausschreibungen für den grenzüberschreitenden Verkehr zwischen dem Elsass und Baden-Württemberg/Saarland teilzunehmen. Eine weitere deutsche Firma ist daran interessiert, in Lothringen eine Linienvergabe für die Neueröffnung der stillgelegten Linie Nancy-Merrey zu erwerben. FlixTrain, die Bahnfiliale des deutschen Busunternehmens FlixBus hat sich auch für die Übernahme von fünf Intercitytrassen beworben, um gegen die SNCF mit einer Billigpreisstrategie anzutreten. Was Schnellfahrstrecken angeht möchte die italienische Staatseisenbahn Trenitalia ihren Frecciarossa auf der Linie Paris-Lyon fahren lassen, denn sie ist schon unter der Marke Thello in Frankreich im bereits liberalisierten Nachtverkehr aktiv, und zwar auf der Strecke Paris-Nice.

Eine riskante Wette

Arnaud Müller, Promo 2017-2019

Obwohl vonseiten der Regierung und der Regionen viel von der Liberalisierung erwartet wird, ist fraglich, ob diese für Endnutzer vorteilhafter als das gegenwärtige SNCF-Monopol sein wird. Wir reden hier konkret von niedrigeren Preisen und besserem Service. Das französische Umweltministerium spielt gerne auf europäische Beispiele einer geglückten Liberalisierung an, wie zum Beispiel in Schweden, Tschechien und auch Deutschland. Doch auch dort ist die Bilanz der Liberalisierung nicht eindeutig positiv. Wirtschafts- und Bahnexperten gehen davon aus, dass die Ausschreibung von Nahverkehrsstrecken in Frankreich vor allem die Haushalte der Regionen schonen wird, denn Gewinner werden vermutlich nach einem Preiskriterium ausgewählt. Für Pendler und Freizeitnutzer wird die Liberalisierung kaum zu spüren sein, so die Experten. Auf Schnellfahrstrecken hingegen kann eine deutliche Senkung der Fahrkartenpreise erwartet werden, wie es nach dem Eintritt NTVs, eines privaten Wettbewerbers Trenitalias, auf der Strecke Turin-Neapel mit Italo der Fall war.

Schließlich kann bereits prognostiziert werden, dass vor allem ausländische Staatsbahnen aufgrund hoher Markteintrittshürden in der Lage sein werden, an Ausschreibungen teilzunehmen. Dies ist besonders in Großbritannien der Fall. Privatunternehmen, wie NTV in Italien, werden vermutlich nur die rentabelsten Trassen auswählen – in Frankreich ist das die Hauptverkehrsstrecke Paris-Lyon-Marseille. Dies ist für die SNCF besonders problematisch, da die Staatsbahn zugleich immer noch öffentliche Aufträge erfüllen muss, die meistens auch Verlustgeschäfte sind. Der Verzicht auf dieses Einkommen aus rentablen Trassen muss durch eine angemessene Bepreisung ausgeglichen werden, wenn die SNCF keine weiteren Verluste machen will. Deshalb wurde 2015 auch die SNCF mit dem ehemaligen Infrastrukturbetreiber RFF wieder zusammengeführt, damit der Ausgleich besser funktioniert. Wenn Arafra und RFF-Nachkommen SNCF Réseau die Trassen geschickt bepreisen und Beispiele in anderen europäischen Ländern wie Deutschland berücksichtigen, kann die Liberalisierung in Frankreich für alle funktionieren: nicht nur für die SNCF, sondern auch für die Nutzer in zurückgelegenen Regionen, für deren Bahnstrecken die SNCF nicht die Preise erhöhen muss. Doch auch hier gilt: abwarten und keine voreiligen Schlüsse ziehen. Die Liberalisierung ist eine Wette, deren Risiko politisch kalkuliert werden muss. Einem großen Bahnland wie Frankreich kann diese Herausforderung durchaus zugetraut werden.



Mitgliedsantrag

Mit deinem Beitrag wirst Du Teil eines lebendigen Netzwerkes und unterstützt die zahlreichen Aktivitäten des deutsch-französischen Alumnivereins AGKV!

- Wir veranstalten **jours fixes in Berlin, Brüssel und Paris** mit interessanten thematischen Schwerpunkten .
- Auf unserer Webseite findest Du im internen Bereich **Jobangebote**. Dadurch pflegen wir unser weites **Netzwerk** und können auch beruflich voneinander profitieren. Zudem unterstützen wir Mitglieder beim **Jobeinstieg** – zum Beispiel durch den Aufbau von Kontakten zu anderen ehemaligen Studierenden.
- In unserem regelmäßigen **Newsletter** informieren wir dich über aktuelle Stellenausschreibungen und Veranstaltungen.
- In unregelmäßigen Abständen geben wir den **Courrier Paris – Berlin** heraus, der mittlerweile Tradition hat und jede/n Ehemalige/n auf dem Laufenden hält.
- Außerdem organisieren wir verschiedene **Veranstaltungen in Eigenregie oder in Kooperation mit unseren Partnern**.

Derzeit beträgt der jährliche Mitgliedsbeitrag: 20 € für Studierende und PraktikantInnen, 20 € für Arbeitssuchende/nach in Ausbildung befindliche Mitglieder und 40 € für Berufstätige. Zudem ist ein höherer Mitgliedsbeitrag natürlich immer möglich. **Bitte vergiss nicht, uns ein SEPA-Landschriftmandat (Rückseite) auszustellen, damit wir deinen Beitrag einziehen können. Natürlich kannst du aber auch Bar oder per Überweisung bezahlen.**

Ja, ich möchte Mitglied werden:

Als Mitglied erhalte ich automatisch einen Zugang zum internen Bereich der Website.

Nachname, Vorname:

e-mail Adresse:

Adresse:

Promo:

Beruf/Arbeitgeber:

Warum benötigen wir diese Daten?

Eine sendefähige Adresse benötigen wir, um beispielsweise Spendenbescheinigungen zusenden zu können.

Deine Promo sowie dein Beruf oder Arbeitgeber ist keine Pflichtangabe. Allerdings helfen diese Daten uns, Dich unter Umständen mit anderen AGKV-Mitgliedern in Kontakt zu bringen, die auf der Suche nach einem Praktikum in diesem Bereich sind. Dein Beruf wird daher auch im internen Bereich angezeigt. Wir werden Deine privaten Informationen natürlich niemals außerhalb der Mitglieder des AGKV und ausschließlich für Zwecke der Vernetzung ehemaliger und aktueller Promos weitergeben.

IMPRESSUM

Herausgeber: Association Gerhard Kiersch Verein,
vertreten durch Jeanette Süß, Vorsitzende des Vorstands

Association Gerhard Kiersch Verein
c/o Jeanette Süß
Görresstr. 9
12161 Berlin

info.agkv@googlemail.com



Unterstützt durch die DFH



Illustrationen und Layout: Juliane Pieper